



Allensbach-Institut befragt Bundesbürger

In der ersten Jahreshälfte 1959 erwartete die westdeutsche Öffentlichkeit mit Spannung eine mögliche West-Ost-Konferenz über die Berlin-Frage. Würde man auf Chruschtschows Forderungen eingehen, die Stadt in neutrales Gebiet umwandeln und die dort stationierten Truppen abziehen? Die Westdeutschen waren sehr besorgt. Chruschtschows Freistadt-Pläne lehnten sie mehrheitlich ab, denn die Angst vor der Sowjetunion, der man Expansionsgelüste unterstellte, saß tief. Ohne die Anwesenheit der westlichen Truppen musste der freie Teil Berlins bald in sowjetische Hände fallen, so dachten viele. Verhandlungen dagegen hießen die Westdeutschen gut – damit sich die Krise nicht weiter zuspitzte. Für die meisten lag in diesen Zeiten eine Wiedervereinigung Deutschlands und damit auch Berlins in weiter Ferne. Aber am Gedanken der deutschen Einheit überhaupt festzuhalten war ein Wunsch vieler. Kennzeichen der Adenauer-Regierung war eine „Politik der Stärke“ gewesen, das hieß: gegenüber der Sowjetunion in allen Belangen keinen Fingerbreit nachzugeben. Dass man sogar unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers hinter verschlossenen Türen über Formen der staatlichen Anerkennung der DDR sprach und in Erwägung zog, auf die sowjetischen Freistadt-Pläne einzugehen, war auch ein Resultat der Berlin-Krise.

Umfrage „Für oder gegen Freie Stadt“ des Instituts für Demographie, Allensbach, 10. August 1959

